

## Anlage 1

### Begründung:

Der Verwaltungshaushalt 2007 ist durch die Fusion mit der Stadt Roßlau zum 01.07.2007 geprägt. Diese wurde zwar finanziell erst mit einem gemeinsamen Haushalt ab 01.01.2008 vollzogen, dennoch waren zum 01.07.2007 die anteiligen Kreisaufgaben (Jugend- und Sozialhilfe, ÖPNV u. a.) für Roßlau, das damit verbundene Personal des Landkreises Anhalt-Zerbst sowie die anteiligen Schulden zu übernehmen. Dies geschah außer- und überplanmäßig, da zur Haushaltsplanung 2007 der Gebietsstand zum 01.01.2007 zugrunde zu legen war.

Gemäß § 108 Abs. 2 GO LSA stellt der Oberbürgermeister die Vollständigkeit und Richtigkeit der Jahresrechnung fest. **Der Verwaltungshaushalt liegt mit der Jahresrechnung 2007 nicht ausgeglichen vor. Er weist einen Soll-Fehlbetrag von 17.711.104,66 EUR (Vorjahr 17.993.323,97 EUR) ohne den Einsatz von Investitionshilfen im Verwaltungshaushalt aus.**

Der Verwaltungshaushalt 2007 wurde mit einem **Fehlbedarf in Höhe von 32.659.200 EUR (Vorjahr 20.571.700 EUR)** geplant.

Mit der Jahresrechnung 2007 konnten demzufolge **Einsparungen von 14.948.095,34 EUR (Vorjahr 2.578.376,03 EUR)** gegenüber dem Haushaltsplan erwirtschaftet werden.

Zu dieser Verbesserung gegenüber dem geplanten Ergebnis trugen im Wesentlichen Mehreinnahmen in Höhe von 9.570.461,37 EUR und Minderausgaben in Höhe von 5.377.633,97 EUR bei.

Diese setzen sich aus nachfolgenden Schwerpunkten zusammen:

➤ Mehreinnahmen bei	
○ der Gewerbesteuer	3.153.722,92 EUR
○ dem Gemeindeanteil an der Einkommens- und Umsatzsteuer (aufgrund der positiven Aufkommensentwicklung)	1.185.617,84 EUR
○ den Zuweisungen nach dem FAG	4.264.028,49 EUR
○ der anteiligen Kreisumlage der Stadt Roßlau für das 2. Halbjahr 2007	1.329.640,00 EUR
○ der Zuführung vom Vermögenshaushalt	1.048.176,94 EUR
○ bei den Einnahmen Verwaltung und Betrieb, insbesondere Mieten und Pachten sowie Erstattungen	686.631,29 EUR
➤ Minderausgaben bei	
○ den Personalausgaben, trotz Übernahme der Mitarbeiter aus dem Landkreis Anhalt-Zerbst zum 01.07.2007	1.083.320,00 EUR
○ Zuführung vom Vermögenshaushalt durch Reduzierung der Pflichtzuführung	2.335.546,26 EUR
○ den Bewirtschaftungskosten	1.029.990,56 EUR
○ den weiteren Verwaltungs- und Betriebsausgaben, insbesondere Verbrauchsmittel und Softwarepflege	899.542,06 EUR
○ den Zinsausgaben für Kassenkredite	616.233,45 EUR.

Diese positive Entwicklung wurde durch Mindereinnahmen bei den Bedarfszuweisungen von 2.061.374,92 EUR (der städtische Antrag wurde bisher nur teilweise bewilligt) und Mehrausgaben bei den Schuldendiensthilfen (für anteilige Kredite des ehemaligen Landkreises Anhalt-Zerbst) sowie bei den Leistungen der Jugendhilfe innerhalb von Einrichtungen in Höhe von 856.220,79 EUR gedämpft.

Mit den erreichten Einsparungen ist es wiederum gelungen, zusätzliche Belastungen für die Folgejahre im Verwaltungshaushalt zu vermeiden.

Die Ursachen für das Rechnungsergebnis sind in der Kurzanalyse der Jahresrechnung 2007 dargestellt.

Im Ergebnis der Jahresrechnung des Verwaltungshaushaltes 2007 ist eine Zuführung des Verwaltungshaushaltes an den Vermögenshaushalt in Höhe von 432.353,76 EUR (Vorjahr 1.969.397,09 EUR) (Haushaltsstelle: 1.91100.86000) enthalten. Die ausgewiesene Zuführung weicht von der ordentlichen Tilgung von Krediten (5.732.648,35 EUR) ab. Ursächlich dafür sind zusätzliche tilgungsbezogene Einnahmen im Vermögenshaushalt in Höhe von 5.300.294,62 EUR.

Eine darüber hinausgehende Soll-Zuführung war auf Grund der gegenüber den Ausgaben fehlenden Einnahmen nicht möglich.

Die Gesamtsumme der Zuführung an den Vermögenshaushalt von 432.353,76 EUR ist darüber hinaus nach § 22 Abs. 1 GemHVO mit dem Gesamtbetrag der aus speziellen Entgelten gedeckten Abschreibungen zu vergleichen. Der in diesem Vergleich höhere Betrag soll an den Vermögenshaushalt abgeführt werden.

Die Pflichtzuführung mit 432.353,76 EUR ist höher als die Summe der aus speziellen Entgelten gedeckten Abschreibungen von 0,00 EUR. Damit ist die Sollmindestzuführung erreicht.

Der Verwaltungshaushalt weist in der Jahresrechnung 2007 Einnahmen von 147.441.661,37 EUR und Ausgaben von 165.152.766,03 EUR aus. Dieses Ergebnis beinhaltet eine Globalniederschlagung 2007 im Verwaltungshaushalt in Höhe von 1.154.000,00 EUR. Daneben wurden bei der Grundsteuer B Kasseneinnahmereste in Höhe von 500.000 EUR, bei der Gewerbesteuer in Höhe von 2.300.000 EUR sowie bei den Einnahmen aus übergeleiteten Unterhaltsansprüchen 1.300.000 EUR pauschal bereinigt.

Bei der pauschalen und globalen Restebereinigung wurden die Soll-Einnahmen 2007 um den Betrag reduziert, von dem abschätzbar ist, dass Einnahmen in dieser Größenordnung voraussichtlich nicht realisiert werden.

Das geschieht mit dem Ziel, ein wirklichkeitsnahes Jahresergebnis auszuweisen. Die nicht realisierten Forderungen werden jedoch in voller Höhe (ohne die Reduzierung 2007 von 5.254.000 EUR) in das Jahr 2008 vorgetragen und von der Kasse weiter verfolgt.

## Anlagen

2. Feststellung des Ergebnisses
3. Zuführung zwischen Verwaltungs- und Vermögenshaushalt
4. kassenmäßiger Abschluss